

CH_VB 93.3494 vom 17. Dezember 1993

Bundesverwaltung, 1993-12-17, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_93.3494

FR: CH_VB 93.3494 du 17 décembre 1993

IT: CH_VB 93.3494 del 17 dicembre 1993

Erwägungen

E. 17

Dezember 1993 N 2583 Interpellation Dreher Ich frage den Bundesrat: 1. Aus welchem Grund dürfen Geschäftsgrundstücke des Arbeitgebers nur noch bis zu 50 Prozent des Verkehrswerts verpfändet werden statt wie bisher zu zwei Dritteln? 2. Weshalb ist die Verpfändung von Geschäftsgrundstücken eines Dritten bis zu zwei Dritteln des Verkehrswerts weiterhin möglich? 3. Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass diese Bestimmung den Arbeitgeber als Hauptleistungserbringer an seine Betriebspensionskasse unnötig diskriminiert und ausserdem deren Ertrag schmälert? 4. Nach Artikel 97 (Vollzug und Inkrafttreten) des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge haben die Kantone die Ausführungsbestimmungen zu erlassen, und der Bundesrat hat die Anwendung des Gesetzes zu überwachen. Die Kantone sind jedoch nicht verpflichtet, die Ausführungsvorschriften dem Departement zur Genehmigung zu unterbreiten, sondern haben diese lediglich zur Kenntnis zu bringen. Ist der Bundesrat folglich überhaupt zum Erlass einer solchen Verordnungsänderung zuständig? Texte de l'interpellation du 7 octobre 1993 Le Conseil fédéral a modifié au 1er juin 1993 l'ordonnance sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (OPP 2). La nouvelle version de l'article 58 alinéa 2 lettre b, énonce qu'afin de garantir les créances de l'employé, des immeubles peuvent être mis en gage jusqu'à concurrence des deux tiers de leur valeur vénale. Toutefois, les immeubles de l'employeur qu'il affecte à des fins industrielles, commerciales ou artisanales ne peuvent être désormais mis en gage que jusqu'à concurrence de la moitié de leur valeur vénale, au lieu des deux tiers prévus naguère. Cette disposition a étonné et irrité plus d'une caisse de retraites d'entreprise. Il n'y a en effet aucune raison pour que les immeubles commerciaux des employeurs ne puissent être mis en gage que jusqu'à concurrence de la moitié de leur valeur vénale, alors que les immeubles de tiers (y compris les immeubles affectés à un usage commercial) peuvent toujours l'être jusqu'à concurrence des deux tiers de leur valeur vénale. C'est pourquoi je pose au Conseil fédéral les questions suivantes: 1. Pour quelle raison les immeubles commerciaux des employeurs ne peuvent-ils plus être mis en gage que jusqu'à concurrence de la moitié de leur valeur vénale, au lieu des deux tiers prévus autrefois? 2. Pourquoi les immeubles commerciaux de tiers peuvent-ils toujours être mis en gage jusqu'à concurrence des deux tiers de leur valeur vénale? 3. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas que cette disposition discrimine sans raison les employeurs, alors qu'ils sont les principaux cotisants de leurs caisses de retraite, et qu'en outre elle contribue à diminuer le rendement de ces mêmes caisses de retraites? 4. D'après l'article 97 (exécution) de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité, il revient aux cantons d'édicter les dispositions d'exécution et au Conseil fédéral de surveiller l'application de la loi. Les cantons ne sont toutefois pas tenus de faire approuver ces dispositions par le département, mais seulement de les lui communiquer. Dès lors, le Conseil fédéral est-il

même habilité à édicter une telle modification d'ordonnance? Mitunterzeichner - Cosignataires: Aregger, Aubry, Bezzola, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Chevallaz, Comby, Fehr, Frey Walter, Friderici Charles, Früh, Giger, Gros Jean- Michel, Gysin, Hegetschweiler, Jenni Peter, Kern, Leuba, Miesch, Moser, Neuenschwander, Pidoux, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Sandoz, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Spoerry, Stamm Luzi, Steinemann, Stucky, Verterli (34) Schriftliche Begründung-Développement par écrit Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 24. November 1993 Rapport écrit du Conseil fédéral du 24 novembre 1993 Die Beziehung zwischen der Pensionskasse und dem Arbeitgeber der darin Versicherten ist ein besonders delikates Verhältnis in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Der schweizerische Gesetzgeber hat aus diesem Grund - im Unterschied zu anderen Staaten wie etwa den USA und der BRD - eine klare Trennung zwischen dem Rechtsträger der beruflichen Vorsorge der Versicherten und jenem des Unternehmens des Arbeitgebers vorgenommen. In der letzten Zeit ist es angesichts der wirtschaftlich schwieriger gewordenen Lage für zahlreiche Unternehmungen vorgekommen, dass diese Beziehungen einer besonderen Belastung ausgesetzt worden sind, indem beispielsweise dem Arbeitgeber in einem zu hohen Mass Darlehen gewährt oder dafür zu günstige Konditionen eingeräumt worden sind, was sich erst im Laufe eines Konkursverfahrens herausstellte. Ferner zeigen sich in der Praxis immer mehr Fälle, wo die Pensionskasse die Gelder in einem relativ grossen Umfang in Geschäftsliegenschaften des betreffenden Unternehmens investiert hat, das in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Die vom Bundesrat auf den 1. Juli 1993 in Kraft gesetzten Massnahmen reagieren auf die in der Praxis in den letzten Jahren und Monaten vermehrt aufgetretenen und auch in Zukunft auftretenden Probleme im Bereich der Vermögensanlage beim Arbeitgeber. Die getroffene Regelung wurde von der Eidgenössischen Kommission für die berufliche Vorsorge, in der vor allem auch die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mitwirken, dem Bundesrat empfohlen. Der Bundesrat ist nicht der Ansicht, dass mit der Aenderung der Anlagevorschriften für Pensionskassen eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung von Anlagen beim Arbeitgeber im Vergleich zu den Anlagen bei Dritten geschaffen worden ist. Die besondere Zurückhaltung gegenüber der Verpfändung einer Geschäftsliegenschaft des Arbeitgebers als Sicherheit für die Anlage des Vermögens der Pensionskasse bei ihm rechtfertigt sich mit dem höheren Risiko. In einem Konkursfall sind solche Liegenschaften in der Regel mit weit höheren Verlusten betroffen als Wohnliegenschaften. Dazu kommt, dass zwischen der Möglichkeit der Darlehensrückzahlung und dem Wert des vom Arbeitgeber genutzten Grundstücks ein enger Zusammenhang besteht. Mit der Schwierigkeit eines Arbeitgebers zur Rückzahlung von Darlehen geht in der Regel der Wertverlust seiner Geschäftsliegenschaften einher. Diese Korrelation ist bei der Verpfändung der Liegenschaft eines Dritten nicht der Fall, so dass sich diesbezüglich nicht dieselbe Zurückhaltung aufdrängt. Es ist nicht einzusehen, inwiefern die besondere Limitierung der die Sicherstellung der Vermögensanlage bezweckenden Verpfändung der dem Arbeitgeber dienenden Geschäftsliegenschaften den Ertrag der Vorsorgeeinrichtung schmälern soll. Eine Ueberschreitung der aus sachlichen Gründen eingeführten Limitierung bezüglich der Anlage des Vermögens beim Arbeitgeber würde diese Anlage und damit auch deren Ertrag gefährden. Dabei ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass die Vorsorgeeinrichtungen ihr Vermögen langfristig anlegen und auch deshalb dem Aspekt der Sicherheit gemäss Artikel 71 BVG Vorrang zukommt. Der Bundesrat ist zweifellos zum Erlass der für die

Anwendung des Gesetzes notwendigen Vollzugsvorschriften berechtigt (Art. 102 Ziff. 5 BV). Dass der Interpellant dies in Frage stellt, mag am Wortlaut von Artikel 97 BVG liegen. Dieser kann tatsächlich den Eindruck erwecken, die Kantone und nicht der Bund hätten die Vollzugsvorschriften zu erlassen. Aus den Materialien (vgl. Botschaft vom

E. 19

Dezember 1975, BBI 1976 I 279) geht jedoch klar hervor, dass die Kompetenz der Kantone für den Erlass von Vollzugsvorschriften beschränkt ist. Die Kantone haben sich auf die notwendigen Organisations- und Verfahrensvorschriften zu beschränken. Es bestand nie die Idee, sie auch für den Erlass materieller Ausführungsvorschriften zu ermächtigen und damit im Obligatorium der beruflichen Vorsorge föderalistische Regelungen zuzulassen (BB119761 217, Ziff. 442; 279).

Interpellation du groupe socialiste 2584 N 17 décembre 1993 Präsidentin: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt und verlangt Diskussion.
Abstimmung - Vote Für den Antrag auf Diskussion 18 Stimmen Dagegen 9 Stimmen
Verschoben - Renvoyé #ST# 92.3498 Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion
Totalrevision der Bundesverfassung Interpellation du groupe socialiste Révision totale de la constitution Wortlaut der Interpellation vom 9. Dezember 1992 Mit Bundesbeschluss vom 3. Juni 1987 haben die eidgenössischen Räte beschlossen und den Bundesrat beauftragt, eine Totalrevision der Bundesverfassung in Angriff zu nehmen. Es sollte das geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht sprachlich vereinheitlicht, verständlich dargestellt und systematisch geordnet, aber auch inhaltlich geändert und in Form von Varianten zur Diskussion gestellt werden. Im März 1990 wurden im Nationalrat mehrere Motionen zu diesem Thema eingereicht, im Oktober 1991 wurde darüber debattiert, und sie wurden als Postulate überwiesen. Im Bericht über die Legislaturplanung 1991-1995 versprach der Bundesrat, die Arbeiten zur Vorbereitung einer Totalrevision weiter voranzutreiben und dem Parlament Entwurf und Botschaft einer neuen Bundesverfassung vorzulegen. Betreffend den Zeitpunkt gelte es, europa- und finanzpolitische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Im Geschäftsbericht 1991 bekräftigte der Bundesrat erneut, wenn über den EWR-Vertrag entschieden sei, werde er eine Vorlage für eine neue Bundesverfassung unterbreiten. Nun ist der Entscheid über den EWR gefallen. Auch der negative Ausgang verpflichtet zum Handeln. Der Bundesrat wird um Auskunft gebeten: 1. Wie rasch gedenkt er die Vorarbeiten für die Totalrevision abzuschliessen und dem Parlament eine Botschaft zu unterbreiten? 2. Ist der Bundesrat gewillt, die Entwürfe und Vorleistungen der Expertenkommission 1977 sowie der Professoren Kölz und Müller von 1990 als Grundlage für die inhaltlichen Aenderungen zu berücksichtigen? 3. Ist der Bundesrat bereit, in der revidierten Verfassung eine neue Konzeption der schweizerischen Aussenpolitik zu verankern, die nebst der Unabhängigkeit auch den Frieden, die Menschenrechte, die Solidarität und die Wohlfahrt als Ziele aufweist, wie sie sinngemäss in einer Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates verlangt wurde? 4. Gedenkt der Bundesrat den Revisionsentwurf mitsamt den vorgesehenen Varianten rein verwaltungsintern oder allenfalls durch eine aus Parlamentariern, Bundesbeamten und externen Fachleuten zusammengesetzte Arbeitsgruppe vorbereiten zu lassen? Texte de l'interpellation du 9 décembre 1992 En juin 1987, les Chambres fédérales ont adopté un arrêté chargeant le Conseil fédéral d'entreprendre une révision totale de la constitution. Il s'agissait d'unifier la langue du droit constitutionnel écrit et non écrit, de rendre ce dernier compréhensible, de l'ordonner de manière systématique, mais aussi d'en modifier le contenu et d'élaborer des

variantes en vue de la discussion. Plusieurs motions consacrées à ce sujet ont été déposées au Conseil national en mars 1990; elles ont été examinées en octobre 1991 avant d'être transmises sous la forme de postulats. Dans le programme de la législature 1991-1995, le Conseil fédéral a promis de continuer à faire avancer les travaux préparatoires en vue d'une révision totale de la constitution, mais aussi de soumettre au Parlement un projet et un message. S'agissant de la date, il a précisé qu'il fallait tenir compte des conditions générales de la politique européenne et de la politique financière. Dans son rapport de gestion 1991, il a réaffirmé qu'il présenterait un projet après la votation sur l'EEE. La décision sur l'EEE vient de tomber. Il convient d'agir malgré le vote négatif. Voici les questions que nous adressons au Conseil fédéral: 1. Quand pense-t-il avoir terminé les travaux préliminaires en vue de la révision totale de la constitution et présenter un message au Parlement? 2. Est-il disposé à se fonder sur les projets et les travaux de la commission d'experts de 1977 et sur ceux des professeurs Kölz et Müller de 1990 pour procéder aux révisions touchant le fond? 3. Est-il prêt à inscrire dans la version révisée de la constitution une nouvelle définition de la politique étrangère suisse qui, outre l'indépendance, aurait pour buts la paix, les droits de l'homme, la solidarité et le bien-être, comme l'a réclamé une motion déposée par la Commission de politique extérieure du Conseil national? 4. Pense-t-il confier la révision de la constitution et l'élaboration des variantes prévues à la seule administration fédérale ou à un groupe de travail composé de parlementaires, de fonctionnaires fédéraux et d'experts externes? Sprecher-Porte-parole: Bundi Schriftliche Begründung Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort Développement par écrit Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 29. November 1993 Die Bundesversammlung hat mit Bundesbeschluss vom 3. Juni 1987 die Totalrevision der Bundesverfassung beschlossen und den Bundesrat beauftragt, ihr einen Verfassungsentwurf zu unterbreiten, der das Verfassungsrecht nachführt; inhaltliche Änderungen oder institutionelle Neuerungen seien in der Form von Varianten zur Diskussion zu stellen. Wie der Bundesrat begründeten auch die eidgenössischen Räte die Notwendigkeit einer Totalrevision der Bundesverfassung damit, dass die geltende Bundesverfassung formale und inhaltliche Mängel aufweise, die gesamthaft und kohärent nur mit einer Totalrevision der Bundesverfassung behoben werden könnten. Angesichts der neuen Herausforderungen durch die europäische Integration drängte sich eine Koordination der beiden Vorhaben auf. Der Bundesrat hat in seinen Stellungnahmen vom 17. September 1990 zu den Motionen Nabholz (90.503), der sozialdemokratischen Fraktion (90.440) und der grünen Fraktion (90.450) sowie in seiner Legislaturplanung 1991-1995 (BB11992 II11-200) folgendes Vorgehen festgelegt: Zuerst soll das EWR-Abkommen genehmigt und sollen die notwendig damit verbundenen Änderungen der schweizerischen Rechtsordnung vollzogen werden; nach einem positiven Entscheid könnte der Bundesrat eine europäergerechte Vorlage für eine neue Bundesverfassung unterbreiten. Das gleiche Vorgehen wäre zu wählen, wenn anstelle des EWR-Abkommens ein Beitritt zur EG erwogen würde. Der Bundesrat hat die Auswirkungen des EWR-Rechts auf die schweizerische Rechtsordnung geprüft und die notwendigen Rechtsänderungen dem Souverän zusammen mit dem EWR-Abkommen unterbreitet Nach dem negativen Ausgang der EWR-Abstimmung ist die Totalrevision der Bundesverfassung zwar nicht mehr auf einen konkreten Integrationsschritt

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Dreher Betriebspensionskassen. Diskriminierung des Arbeitgebers

Interpellation Dreher Caisses de retraite des entreprises Discrimination de l'employeur In
Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1993 Année Anno Band V Volume
Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat
Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 15 Séance
Seduta Geschäftsnummer 93.3494 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 17.12.1993
- 08:00 Date Data Seite 2582-2584 Page Pagina Ref. No

E. 20

023 573 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin
der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de
l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino
ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte
Originaltext. Quellen-URL siehe oben.